

KANN RUSSLAND UNSER PARTNER SEIN?

1. Russland- im Fadenkreuz der Kritik

Kaum ein anderes Land der Welt wird vom Westen, insbesondere von den USA, so massiv kritisiert wie Russland und sein Präsident Wladimir Putin. Immer wieder kann man lesen und hören, der russische Präsident strebt eine neue internationale Ordnung an; er gefährdet den Weltfrieden; er wolle gegebene Grenzen verändern und sei einfach ein Feind schlechthin. In den USA untersuchen seit Monaten verschiedene Kommissionen, ob und wie sich Russland in den letzten amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf eingemischt hat. Ein eigener Sonderstaatsanwalt wurde bestellt und die Gegner von Präsident Donald Trump versuchen, ihm die Legitimität für sein Amt abzusprechen, weil er eben nicht demokratisch gewählt, sondern "von Putin eingesetzt" worden wäre. Dazu kann man eines sagen: wie auch immer Wahlen entschieden werden, der Westen ist Russland machtpolitisch zehnmal überlegen; eine Umwälzung der "internationalen Ordnung" durch Putin ist nicht möglich. Als Trump dann als Präsident nur ansatzweise versuchte, die Gesprächsbasis zu Moskau zu verbessern, wurde er von jenen, die in Washington wirklich das Sagen haben, also von der Rüstungsindustrie, vom FBI und vom Geheimdienst CIA in die Schranken gewiesen. Neue Sanktionen wurden gegen Moskau verhängt, denen sich Brüssel willig angeschlossen hat. Russland ist Zielscheibe vieler westlicher Politiker und Medien, wobei die jeweiligen Darstellungen oft höchst eigenwillig sind: so wurde der Georgien- Krieg vom August 1998 zunächst immer wieder so dargestellt, als hätte Moskau die Auseinandersetzungen begonnen. Dabei stellte sich ganz klar heraus, dass der damalige georgische Präsident Michail Saakaschwili als erster den Befehl gab, auf russische Truppen zu schießen. Der Prozess gegen den Oligarchen Chodorkowski wurde immer wieder dazu benutzt, Russland als Unrechtsstaat anzuprangern, obwohl sich dieser unrechtmäßig bereichert hatte; und wenn versucht wurde, den für die Ukraine die längste Zeit gültigen sehr niedrigen Gaspreis auf europäisches Niveau anzuheben, war das für viele Berichterstatter ein "Gaskrieg" gegen die Ukraine. Und im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise wurde Putin dann vielfach nur mehr als Aggressor und Lügner dargestellt, so als hätte es vor der Annexion der Krim nie einen Putsch in Kiew oder eine für Russland demütigende NATO- Erweiterung gegeben.

2. Amerika alleine

All das ist Teil einer amerikanischen Gesamtstrategie, in Moskau einen "Regime change", also einen Regierungswechsel herbeizuführen, so, wie man es vorher schon in anderen Ländern oder im Rahmen des "Arabischen Frühling" versucht hat. Nur Russland ist eben nicht Albanien. Es ist ein Wesenszug der amerikanischen Außenpolitik, dass sie zutiefst vom Glauben an den "American exceptionalism", also dadurch geprägt ist, dass Amerika eine auserwählte Nation ist und dazu berufen, die Welt zu führen. Dieser Glaube ist tief verwurzelt und begründet im puritanischen, calvinistischen Denken. Nach dem Sieg im Kalten Krieg sahen viele im außenpolitischen Establishment der USA einen "unipolaren Moment" gekommen: Amerikas sollte und müsse die Welt alleine regieren. Gestützt auf die eigene militärische Stärke- immerhin bestreiten die USA mit einem Militärbudget von 700 Milliarden \$ im Jahr die Hälfte der Militärausgaben der ganzen Welt- sollte man, ungebunden durch internationale Verträge oder internationale Organisationen, die eigenen Interessen weltweit durchsetzen. Diesem Machtanspruch sollte und dürfte niemand widersprechen. Es sollten auch keine machtpolitischen Gegengewichte entstehen. Um dem auch nur in Ansätzen vorzubeugen, ist man immer auf der Hut. So hat etwa der derzeitige US- Minister für Urbanisierung und Entwicklung erklärt, Amerika "müsse einen Keil zwischen Europa und Russland treiben" und die Europäer dazu zwingen, ihr Öl und Gas in den USA zu kaufen. Damit hängt natürlich die Frage zusammen, ob irgendein Land der Welt, Russland oder Europa, eigene nationale Interessen haben darf. Die amerikanischen Außenminister, Hillary Clinton genauso wie John Kerry, haben immer wieder davon gesprochen, dass "die Zeit der Einfluss- Sphären" vorbei ist. Es ist natürlich etwas eigenartig, wenn derartige Aussagen von Exponenten eines Landes getroffen werden, das weltweit 662 Militärbasen unterhält und auf der ganzen Welt interveniert.

3. Europa- Russland: drei mögliche Partnerschaften

Angesichts der zwischen Europa und Russland gegebenen Interessenlage sollten die Europäer, insbesondere jene in der Europäischen Union, nicht den Kreuzzug gegen Russland mittragen, indem man etwa Sanktionen gegen sich selbst verhängt, sondern in drei Bereichen eine Partnerschaft mit Russland anstreben: eine politische, eine wirtschaftliche und eine Sicherheits- Partnerschaft.

- Für eine **politische Partnerschaft** bietet sich der 1949 geschaffene Europarat an. Russland ist dort ein wesentliches Mitglied; das erklärte Ziel des Europarates ist es, Machtpolitik durch eine Politik der Werte nach den Grundsätzen der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit zu ersetzen. Russland wurde bereits 1996 Mitglied des Europarates und hat damit, so wie die anderen Mitglieder, die entsprechenden Verpflichtungen betreffend die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte, die Aussetzung der Todesstrafe und den Schutz der nationalen Minderheiten eingegangen und eingehalten.

- Die Grundlagen für eine **Wirtschaftspartnerschaft** sind klar: Russland ist reich an Erdöl und Erdgas, das Europa benötigt; und die Länder der EU sind in der Lage, Russland beim Aufbau jener Wirtschaftsstrukturen zu helfen, die eine moderne Volkswirtschaft braucht.

- Überlegungen hinsichtlich einer **Sicherheitspartnerschaft** zwischen Russland und Europa müssen wohl davon ausgehen, welchen Gefahren ein Land bzw. eine Regierung ausgesetzt ist. Was Europa und Russland betrifft, so kann man wohl sagen, dass die wesentlichen Gefahren, denen ein jeder ausgesetzt ist, gemeinsame Gefahren sind. Dieses Spektrum reicht vom islamischen Terrorismus bis zur organisierten Kriminalität; vom Menschen- und Drogenhandel bis zur illegalen Migration.

Eine Partnerschaft zwischen Russland und Europa ist also sehr wohl möglich, ja im gemeinsamen Interesse gelegen. Es ist daher unverantwortlich, eine Politik zu betreiben, die nicht zu mehr Vertrauen, sondern zu mehr Instabilität führt; zu mehr Unsicherheit anstatt Sicherheit.

(*) Dr. Wendelin Ettmayer; ehem Botschafter in Finnland; Kanada und beim Europarat;

Autor; www.wendelinettmayer.at